

(Abg. Hoffmann-Bethscheider)

minister manchmal zu hören ist, sind lächerlich. Damit würden wir die Armut per Gesetz zementieren. Wir müssen uns schon auf dem Niveau unserer europäischen Nachbarn bewegen. Die auch von den Gewerkschaften oftmals genannte Größenordnung von 7,50 Euro liegt mit Sicherheit in dem Rahmen, den wir vereinbaren könnten.

Wenn wir über die anderen EU-Länder sprechen, müssen wir feststellen, dass 20 von 27 Ländern Mindestlöhne haben. Ich darf die jeweiligen Lohnhöhen einmal nennen, damit sich jeder ein Bild machen kann, was in anderen europäischen Ländern alles möglich ist. Ich fange einmal ganz oben auf der Liste an, weil das Land, das dort steht, nicht weit von uns entfernt liegt. Luxemburg hat einen Mindestlohn von 9,08 Euro für gering Beschäftigte und etwas mehr als 10 Euro für Qualifizierte. In Irland beträgt der Mindestlohn 8,30 Euro, in Frankreich 8,27 Euro. Frankreich hat bereits 1948 einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt. Die französische Wirtschaft ist darunter nicht zugrunde gegangen. In den Niederlanden beträgt der Mindestlohn 8,13 Euro. Großbritannien ist oft ein neoliberales Vorbild. Einen gesetzlichen Mindestlohn gibt es dort seit 1999. Gegenwärtig beträgt er 7,96 Euro. In Belgien sind es 7,93 Euro.

Gesetzliche Mindestlöhne sind also in anderen Ländern möglich, nur in Deutschland nicht. Sie haben entgegen der Meinung Vieler keine negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt oder die wirtschaftliche Entwicklung. In Luxemburg, Irland und Großbritannien lässt sich sogar feststellen, dass Mindestlöhne zu positiven Entwicklungen führen. Die Arbeitslosigkeit, die man in Deutschland mit Niedriglöhnen bekämpfen will, wird in diesen Ländern erfolgreicher bekämpft. In Großbritannien beispielsweise konnte sie um 25 Prozent zurückgeführt werden.

Im Hinblick auf den saarländischen Arbeitsmarkt müssen wir feststellen, dass er in den Arbeitsmarkt der Großregion integriert ist. Mittlerweile verliert er seine Anziehungskraft, denn immer mehr Menschen arbeiten lieber in Luxemburg, weil sie dort zum einen eher Arbeit finden und zum anderen besser bezahlt werden als im Saarland.

Der Ruf nach einem gesetzlichen Mindestlohn auch in Deutschland wird immer lauter. Ihn fordern nicht mehr allein die Gewerkschaften und die SPD. Die Arbeitgeberverbände in der Entsorgungswirtschaft haben in der letzten "Spiegel"-Ausgabe darauf hingewiesen, wo ein nächstes Problem auftauchen wird, das wir mit Mindestlöhnen angehen könnten. Wenn nämlich die osteuropäischen EU-Beitrittsländer über die Dienstleistungsrichtlinie auch auf unseren Arbeitsmarkt drängen, wird es für uns sehr eng. Der Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungswirtschaft hat beispielsweise festgestellt, dass polnische und tschechische Müllfirmen längst bereitstünden, um mit billigen einheimischen Arbeitskräften Aufträge in der Bundesrepublik Deutschland zu ergattern. Wenn nichts geschehe, gehe es mit den Verdiensten weiter bergab. Ich habe mich allerdings gefragt, wie weit es bei einem Stundenlohn von 1,92 Euro noch bergab gehen kann. Da kann es kaum mehr nach unten gehen.

(Beifall bei der SPD.)

Auch EU-Kommissar Günter Verheugen kritisiert Deutschland. Er sagt, die Bundesrepublik lasse zu, dass Billigarbeit aus dem Ausland importiert werde. Auch das ist eine Standortfrage und hat etwas mit dem Ruf unseres Landes zu tun. Es geht um Menschlichkeit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Deutschland hat zurzeit die EU-Ratspräsidentschaft inne. Unsere Nachbarn wollen wissen, was wir auf unserem heimischen Arbeitsmarkt unternehmen. Französische Kollegen, die mit uns sprechen, stellen kopfschüttelnd fest, dass wir in Deutschland scheinbar nicht in der Lage sein wollen, Mindestlöhne zu vereinbaren, während sie bei ihnen schon fast nationaler Standard sind, an dem niemand mehr rütteln will.

Wir wissen, dass die CDU in Berlin weiterhin gegen Mindestlöhne ist und wir als SPD noch viele Bretter bohren müssen, um mit

unserem Koalitionspartner eine einheitliche Linie fahren zu können. Wir würden gern - dazu brauchen wir die Unterstützung der CDU im Saarland - eine Bundesratsinitiative zur Ausweitung des Entsendegesetzes und zur Einführung von Mindestlöhnen starten.

Die Mindestlohndebatte berührt auch die Frage, wie wir mit Menschen umgehen und was man ihnen noch zumuten kann, ohne ihre Würde zu verletzen. Heute haben wir ja schon an anderer Stelle über Moral und Anstand diskutiert. Auch Mindestlöhne sind ein Thema von Moral und Anstand, bei dem die Politik reagieren muss, um die Bürger nicht schutzlos einem Lohndumping ausgesetzt sein zu lassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Vogtel:

Herzlichen Dank, Frau Hoffmann-Bethscheider. Das Wort hat jetzt Kollege Alexander Funk, der damit auch die Aussprache eröffnet.

Abg. Funk (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD hat heute einen Antrag eingebracht, in dem sie einen Mindestlohn fordert. Um es zu dieser Stunde nicht mehr unnötig spannend zu machen: Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Abg. Stritter (SPD): So viel Offenheit hätte ich eigentlich gar nicht erwartet.)

Der Grund liegt allerdings nicht darin, dass wir die Problematik, um die es in diesem Antrag geht, nicht erkennen oder teilen, denn auch wir als CDU-Fraktion lehnen unwürdige und sittenwidrige Löhne ab, und die Große Koalition in Berlin ist aufgefordert, die bestehende Schieflage zu beseitigen.

Die SPD hier im Landtag schlägt nun vor, die saarländische Landesregierung solle eine Bundesratsinitiative zur Einführung gesetzlicher Mindestlöhne in Angriff nehmen. Das ist der Grund dafür, dass wir ihren Antrag ablehnen. Ein Blick über den Tellerrand zeigt nämlich, dass bereits im Koalitionsvertrag der Arbeitsauftrag an die Bundesregierung erteilt wurde, die Probleme des Niedriglohnbereichs zu lösen, und sowohl im Bundesarbeitsministerium unter Leitung von Franz Müntefering als auch im Koalitionsausschuss werden in Arbeitsgruppen verschiedene Lösungen und ihre jeweiligen Auswirkungen diskutiert. Ich bin zuversichtlich, dass Bundesarbeitsminister Franz Müntefering noch in den nächsten Monaten seinen Arbeitsauftrag erfüllt und ein umfangreiches Konzept für den Niedriglohnbereich vorlegen wird.

(Zurufe.)

Die Arbeitsgruppe des Koalitionsausschusses möchte sogar noch in diesem Monat eine Lösung vorschlagen. Eine Bundesratsinitiative aus dem Saarland ist daher zurzeit nicht zielführend; deshalb lehnen wir sie ab.

Die Situationsbeschreibung in Ihrem Antrag ist zutreffend, meine Damen und Herren von der SPD. Es ist erschreckend und unwürdig, wenn Menschen in einer 38,5- oder 40-Stunden-Woche einer regulären Beschäftigung nachgehen und am Ende des Monats unter der Armutsgrenze landen. Wer arbeitet, soll von seinem Lohn auch leben können. So hat sich CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla dafür ausgesprochen, die Sittenwidrigkeit von Löhnen gesetzlich zu definieren und damit eine Untergrenze einzuziehen. Allzu niedrige Lohnvereinbarungen wären dann nichtig und müssten im Streitfall zugunsten des Arbeitnehmers verbessert werden. Damit würden insbesondere regionale Unterschiede besser berücksichtigt als bei einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.

Überhaupt ist die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns eine schwierige und teilweise gefährliche Angelegenheit. Gefährlich

(Abg. Funk)

ist sie, weil je nach ihrer Ausgestaltung Millionen Menschen dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden können. Der Mindestlohn ist auf den ersten Blick einfach, hübsch und scheinbar gerecht, aber nur auf den ersten Blick, denn wie so oft im Leben steckt der Teufel im Detail. Es reicht nicht aus, lediglich in andere EU-Länder zu blicken und zu sagen: Fast in ganz Europa gibt es Mindestlöhne, also können sie nicht schlecht sein, also brauchen wir sie auch in der Bundesrepublik. Richtig ist, dass fast alle "alten" EU-Länder - Ausnahmen sind neben Deutschland zum Beispiel Italien, Österreich und die skandinavischen Länder - Mindestlöhne kennen; allerdings will man damit die teilweise skandalöse Unterbezahlung von Teilzeitkräften, Saisonarbeitern und Hilfskräften verhindern. Ob dagegen die von Rekordarbeitslosigkeit gebeutelte Bundesrepublik Deutschland mit Mindestlöhnen Arbeitsplätze sichern kann ist mehr als fraglich.

Um es deutlich zu sagen: Wir verschließen uns Mindestlöhnen nicht grundsätzlich, doch muss der Arbeitsmarkt als Ganzes betrachtet werden. Der Großen Koalition in Berlin muss der Spagat gelingen zwischen fairen und existenzsichernden Löhnen einerseits und einer zusätzlichen Belegung des Arbeitsmarktes andererseits. Die bisherigen Erfolge am Arbeitsmarkt dürfen weder durch falsche Lohnforderungen noch durch eine Abschottung des Arbeitsmarktes gefährdet werden.

"Mindestlöhne alleine bringen nichts." Das sage nicht ich, sondern Lord Anthony Giddens, der Tony Blair bei der Einführung eines Mindestlohns in Großbritannien beraten hat. Ich zitiere ihn weiter nach der "Welt am Sonntag" vom 11. März 2007: "Ein sinnvolles Mindestlohngesetz muss mit weiteren Reformen, größerer Flexibilität und aktiver Arbeitsmarktpolitik einhergehen, und diese Veränderungen sind in der Bundesrepublik sehr schwer durchzusetzen. Ein Mindestlohn alleine bringt nichts. In Großbritannien hat er Erfolg gehabt, weil er von arbeitsmarktpolitischen Öffnungsmaßnahmen flankiert wurde. Die Hartz-Reformen hierzulande waren ein Schritt in die richtige Richtung, müssen aber radikalisiert werden." Wie gesagt, das schreibt der Berater von Tony Blair. Frau Hoffmann-Bethscheider, Sie können ja einmal mit Herrn Schreiner über die Radikalisierung der Hartz-Reformen diskutieren und über das Ergebnis hier in einer aktuellen Stunde berichten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

Es ist jedenfalls falsch, nur den Mindestlohn zu fordern und den in Deutschland bestehenden Arbeitsmarkt einfach auszublenden.

Ich fasse zusammen: Das Problem des Niedriglohnssektors muss von der Bundesregierung angegangen werden. Für uns als CDU-Fraktion gibt es dabei keine Denkverbote. Die Vorschläge müssen sich an der Problemlösung orientieren. Es gelten nach wie vor unsere Leitlinien, die wir im vergangenen Jahr hier im Landtag beschlossen haben: Die Löhne der Beschäftigten dürfen nicht ins Bodenlose fallen. Es dürfen keine zusätzlichen Anreize für Schwarzarbeit geschaffen werden. Die Löhne müssen für die Unternehmen finanzierbar bleiben. Es dürfen keine zusätzlichen Belastungen für den Staatshaushalt entstehen. - In diesem Sinne fordern wir die Bundesregierung auf, die bestehenden Probleme zu lösen.

(Beifall von der CDU.)

Vizepräsident Vogtel:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Funk. Ich erteile nun dem Kollegen Baldauf das Wort. Herr Baldauf bittet darum, gemäß Paragraf 43 Absatz 1 der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages seine Rede verlesen zu dürfen. Dieser Paragraf 43 sieht des Weiteren vor, dass Herr Baldauf je eine Ausfertigung seiner Rede vor dem Verlesen dem Präsidenten und den Stenografen übergeben wird.

(Abg. Roth (SPD): Jetzt hat er ja selbst keine mehr. Hat er sie etwa auswendig gelernt? - Lachen und Heiterkeit.)

Ich will unter diesen Voraussetzungen auf eine ganz strenge Auslegung von Paragraf 43 Absatz 1 verzichten. - Herr Baldauf, Sie haben das Wort.

Abg. Baldauf (FDP):

Herr Präsident! Ich danke Ihnen für diese besondere Großzügigkeit. Das grenzt in der Tat an Altersmilde.

(Heiterkeit.)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich mache es kurz. Der Antrag der SPD zeugt nicht von besonderem ökonomischen Verstand. Dieser Antrag wird zu einer deutlichen Erhöhung der strukturellen Arbeitslosigkeit führen. Fast alle wirtschaftswissenschaftlichen Institute warnen vor der Einführung eines Mindestlohns, weil dies mit verheerenden, katastrophalen Folgen verbunden sein wird. Die Folgen werden sein, dass circa 2,4 Millionen zusätzliche arbeitslosen Menschen zu beklagen sein werden. Sie können nicht verlangen, dass wir dies mittragen. Wir werden deshalb dem Antrag nicht zustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Vogtel:

Vielen Dank, Herr Kollege Baldauf. - Ich erteile der Frau Kollegin Willger-Lambert das Wort.

Abg. Willger-Lambert (B 90/Grüne):

Sehr geehrter Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Daten und Fakten sind bereits vorgetragen worden. Wie die FDP das Problem lösen möchte, dass 560.000 Menschen trotz sozialversicherungspflichtiger Arbeit und ergänzendem Arbeitslosengeld II-Bezug arm sind, ist nicht klar. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass die Zahl dieser Menschen steigt. Es bleibt offen, wie die FDP diese Frage lösen will. Es bleibt ebenso offen, wieso mehr als 280.000 Menschen in 1-Euro-Jobs arbeiten und die gesetzlichen Regelungen nicht verhindern, dass zunehmend reguläre Beschäftigung durch diese Jobs wegfällt. Wir haben ein Problem, dessen Zunahme durch die Entwicklung in den Statistiken eindeutig belegt wird. Wir brauchen eine Lösung.

Wir haben Lohndumping und Unterbietungskonkurrenz. Dazu haben wir die Lasten von Löhnen und Arbeitsbedingungen. Missstände und illegale Praktiken sind an der Tagesordnung - und das mit zunehmender Tendenz. Von daher macht es uns keine Schwierigkeit, dem SPD-Antrag so, wie er heute eingebracht ist, zuzustimmen. Es ist natürlich klar oder zu befürchten gewesen, dass das Koalitionstheater in Berlin hier seine Fortsetzung findet. Wir werden die SPD-Landtagsfraktion in ihrem Ziel unterstützen, aber die CDU-Fraktion möchte diese Sache ja eigentlich ablehnen und die Verantwortung an die Bundesregierung geben. Die Bundesregierung ist natürlich in dieser Verantwortung. Es ist vollkommen klar, dass wir dieses Problem für die Bundesregierung nicht lösen können. Trotzdem müssen wir irgendeine Position dazu finden. Wir müssen wissen, wie wir uns tatsächlich bei dieser Problematik verhalten.

Wir Grüne gehen davon aus, dass wir Beschäftigte vor Lohndumping und Ausbeutung schützen müssen. Wir müssen von daher wissen, wie die Lohnnebenkosten gesenkt werden können, gerade auch in der Beschäftigung im unteren Einkommensbereich. Wir müssen Maßnahmen gegen Lohndumping ergreifen und brauchen überzeugende Konzepte für Geringqualifizierte.

(Beifall von B 90/Grüne und SPD.)

Wenn hier trotz dieser Problematik seit Jahren immer noch Fehlangezeige und Stillstand ist, dann ist das ein Skandal. Ich möchte an dieser Stelle an die Union appellieren, dass sie ihre ideologischen